

**Die Generalversammlung einer Aktiengesellschaft (AG) kann die Ausrichtung einer Zwischendividende beschliessen, sofern die Statuten dies vorsehen und eine geprüfte Zwischenbilanz vorliegt, die nicht älter als sechs Monate ist. Diese begrüssenswerte Neuerung wird in der bundesrätlichen Botschaft zum neuen Aktien- und Rechnungslegungsrecht vorgeschlagen [1].**

RICO A. CAMPONOVO

HANS MOSER

# INTERIMSDIVIDENDE SOLL IN DER SCHWEIZ MÖGLICH WERDEN

## Bundesrat und Ständerat befürworten Zwischendividenden unter gewissen Bedingungen

### 1. EINLEITUNG

Mittels Interimsdividende werden Gewinne des laufenden Geschäftsjahrs, Gewinne also, die nach dem vorangehenden Jahresabschluss erwirtschaftet werden, vor Beschlussfassung über den nächstfolgenden Abschluss an die Aktionäre ausgeschüttet. Heute dürfen gemäss dem *Obligationenrecht* (675 Abs. 2 OR) Dividenden «nur aus dem Bilanzgewinn und aus hierfür gebildeten Reserven ausgerichtet werden». Die Zulässigkeit von Zwischendividenden nach geltendem Recht wird kontrovers beurteilt; dennoch sind solche nach Ansicht des Berufsstands, entgegen einigen Stellungnahmen [2], weiterhin nicht zulässig [3]. In der Praxis wurden vermehrt Umgehungsmöglichkeiten gesucht, wie Vorschusszahlungen auf die nächste Dividende, flexible Dauer des Geschäftsjahrs, Dividenden ohne Einbezug der Revisionsstelle. In den jüngsten Jahren ist daher der Druck auf die Revisionsstellen erheblich gewachsen, Interimsdividenden durch neue Interpretation des Gesetzes zu ermöglichen (728 a Abs. 1 Ziff. 2 bzw. 729 a Abs. 1 Ziff. 2 OR). Es ist jedoch Aufgabe des Gesetzgebers (und nicht des Berufsstands bzw. der Revisionsstellen), altbewährte und klare Rechtsauslegungen zu ändern.

### 2. BUNDESRAT SCHAFFT KLARERE RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Der Bundesrat hat die Interimsdividende in der Botschaft [4] berücksichtigt [5]:

«In der Praxis zeigt sich ein verstärktes Bedürfnis betreffend die Ausrichtung von Zwischen- oder Interimsdividenden.»

Der *Entwurf(E)* bringt diesbezüglich klarere rechtliche Grundlagen und enthält folgenden Artikel:

«Art. 675 a (neu)

II. Zwischendividenden

Die Generalversammlung kann die Ausrichtung einer Zwischendividende beschliessen, sofern:

1. die Statuten dies vorsehen; und
2. eine Zwischenbilanz vorliegt, die nicht älter als sechs Monate ist.

Bei Gesellschaften, die eine Revision durchführen, muss die Zwischenbilanz vor dem Beschluss der Generalversammlung durch die Revisionsstelle geprüft werden. Die Prüfung erfolgt nach den Vorschriften zur eingeschränkten Revision.

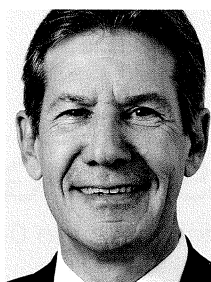
Die Bestimmungen zu den Dividenden finden Anwendung (Art. 660 Abs. 1 und 3, 661, 671–674, 675 Abs. 2, 677, 678 sowie 958 e).»

Der neue 675 a Abs. 1 E-OR erlaubt Interimsdividenden unter drei Bedingungen: Statutenklausel [6], Errichtung einer «Zwischenbilanz» und Prüfung durch die Revisionsstelle. Zur Prüfung bestimmt 675 a Abs. 2 E-OR: «Die Prüfung erfolgt nach den Vorschriften zur eingeschränkten Revision.» Wie bei der Jahresdividende ist die Generalversammlung zuständig für Genehmigung und Festsetzung der Interimsdividende (698 Abs. 2 Ziff. 5 E-OR). Weiter schreibt der Bundesrat:

«Die Erstellung einer Zwischenbilanz setzt in jedem Fall eine zumindest summarische Erfolgsrechnung voraus. Ein Anhang ist erforderlich, soweit die darin enthaltenen Informationen wesentliche Auswirkungen auf die Beurteilung der Bilanz haben können.» [7]



RICO A. CAMPONOVO,  
RECHTSANWALT,  
LIC. IUR. ET LIC. OEC. PUBL.,  
STV. DIREKTOR UND  
LEITER DES FACHTEAMS  
REVISIONSRECHT,  
LEGAL, KPMG AG, ZÜRICH



HANS MOSER, LIC. OEC.  
PUBL., DIPL. WIRTSCHAFTS-  
PRÜFER, PARTNER,  
MITGLIED DER KOMMISSION  
FÜR WIRTSCHAFTS-  
PRÜFUNG DER TREUHAND-  
KAMMER, KPMG AG,  
ZÜRICH

### 3. EINGESCHRÄNKTE ODER ORDENTLICHE REVISION

Dieser Vorschlag, der das Anliegen der Praxis aufnimmt, liefert eine Diskussionsgrundlage für das Parlament. Immerhin ist die Frage zu stellen, ob er im Bereich der Prüfung ergänzt werden sollte. Der Ständerat hat in der Sommersession 2009 denn auch erkannt, dass es nicht sinnvoll ist, an Interim dividenden in ordentlich geprüften Gesellschaften, in Konzern- oder in unklaren Verhältnissen geringere Anforderungen an die Prüfung zu stellen als an die Jahresdividende. Er hat nämlich in Abs. 2 den letzten Satz «die Prüfung erfolgt nach den Vorschriften zur eingeschränkten Revision» ersatzlos gestrichen [8].

Aus Sicht des Gläubiger- und Aktionärsschutzes sind Interim dividenden problematischer als Jahresdividenden, da sie – im Vergleich zu heute vorzeitig – zu einem Abgang von Eigenkapital und zumeist Liquidität führen. Treten im Verlauf des verbleibenden Teils des Geschäftsjahrs unerwartet Verluste ein, kann sich die bereits ausgerichtete Interim dividende nachteilig auswirken. Insbesondere bei grossen Gesellschaften und Konzernen sollte die Revisionsstelle die Möglichkeit haben, vertiefte Prüfungen vorzunehmen, um den ausgewiesenen Periodengewinn – als Residualgrösse der zu prüfenden Zwischenbilanz – feststellen und die Gesetzeskonformität des Antrags des Verwaltungsrats auf dessen

Verwendung bestätigen zu können. Der Vorschlag mit der summarischen Erfolgsrechnung und der eingeschränkten Revision bei ordentlich zu revidierenden Gesellschaften würde die Anforderungen an eine Ausschüttung zu stark mindern [9], indem eine eingeschränkte Revision konzeptionell lediglich eine begrenzte Urteilssicherheit abgibt: Die Prüfung (nach den Vorschriften der eingeschränkten Revision) beschränkt sich auf Befragungen, analytische Prüfungshandlungen und angemessene Detailprüfungen (729a Abs. 2 OR). Dies äussert sich darin, dass der Prüfer kein affirmatives Urteil, sondern nur eine «negative» Aussage abgibt, wonach im Rahmen der eingeschränkten Revision keine Sachverhalte festgestellt wurden, aus denen zu schliessen wäre, dass die Interim dividende nicht gesetzeskonform ist (729a Abs. 1 OR). Bei Gesellschaften, die einer eingeschränkten Revision unterliegen, ist eine eingeschränkte Prüfung vertretbar. Die Streichung des letzten Satzes in Abs. 2 ist begrüssenswert.

### 4. ANFORDERUNGEN AN ZWISCHENDIVIDENDE

**4.1 Zwischenbilanz.** Gemäss dem Willen des Gesetzgebers ist eine Zwischenbilanz mit zumindest summarischer Erfolgsrechnung erforderlich. Unklar bleibt, in welchen Fällen diese Anforderung bis zu einem vollwertigen Zwischenabschluss (Zwischenbilanz, -erfolgsrechnung, evtl. Anhang) erhöht werden muss. Mit zunehmender Komplexität der

#### ANZEIGE

Lucerne University of  
Applied Sciences and Arts

## HOCHSCHULE LUZERN

Wirtschaft  
Institut für Finanzdienstleistungen Zug  
IFZ

## Weiterbildung in Finance und Controlling

Master of Advanced Studies MAS (Nachdiplomstudium)  
Certificate of Advanced Studies CAS (Nachdiplomkurs)

### MAS Corporate Finance

Start 17. Lehrgang: 18. März 2010

### MAS Controlling

Start 8. Lehrgang: 1. September 2010  
Info-Veranstaltung: 23. Februar 2010, 18.15 Uhr am IFZ, Zug

### MAS Immobilienmanagement

Start 6. Lehrgang: 15. September 2010  
Info-Veranstaltung: 9. Februar 2010, 18.00 Uhr im Au Premier, Zürich

### CAS Finanz- und Rechnungswesen für Juristen

Start 6. Lehrgang: 31. Mai 2010  
Info-Veranstaltung: 4. März 2010, 18.15 Uhr am IFZ, Zug

Weitere Informationen: [www.hslu.ch/ifz-weiterbildung](http://www.hslu.ch/ifz-weiterbildung)

FH Zentralschweiz

betroffenen Gesellschaft müsste deren Zwischenabschluss entsprechend höhere Qualitätsansprüche erfüllen.

**4.2 Geprüfte Konzernrechnung.** Durch die Konsolidierung von Abschlüssen werden u. a. allfällige konzerninterne Zwischengewinne eliminiert, und dadurch wird eine verlässlichere Beurteilung der Gewinne als Basis der Dividendenausrichtung ermöglicht. Anders als beim Jahresabschluss sehen weder Bundes- (675 a E-OR) noch Ständerat im Zusammenhang mit der Interimsdividende eine ausdrückliche Pflicht zur Erstellung einer konsolidierten Rechnung vor.

Sollte der Nationalrat die Änderungen des Ständerats übernehmen, so könnte aus dem Gesetzeswortlaut eine von den Verhältnissen abhängende Pflicht zur Erstellung von Konzernzwischenabschlüssen und deren Prüfung abgeleitet werden. Aus der Streichung des Ständerats lässt sich nämlich folgern, dass für die Ausrichtung einer Interimsdividende gleichwertige Anforderungen an die Prüfungsqualität gestellt werden sollen wie für die Ausrichtung einer Jahresdividende.

Leitlinie für das Ausmass der Konsolidierungspflicht und der Prüfung ist sowohl für Verwaltungsrat als auch Revisionsstelle die Sicherstellung, dass keine unrealisierten Gewinne ausgeschüttet werden.

Es ist daher empfehlenswert, bei konsolidierungspflichtigen Gesellschaften oder in anderen komplexen Fällen [10] an Interimsdividenden gleichwertige Anforderungen zu stellen wie an Jahresdividenden.

Die konkreten Verhältnisse können dennoch eine gewisse Flexibilität zulassen. So kann die Revisionsstelle auf die Durchführung einer umfangreicheren *Prüfung* verzichten, vorausgesetzt sie erlangt mittels einer *Review* des konsolidierten Zwischenabschlusses hinreichende Nachweise zur Beurteilung der vorgesehenen Interimsdividende.

Es ist indes generell folgerichtig und unvermeidlich, dass die jeweiligen Auflagen, die in der gesetzlichen Regelung der Verantwortlichkeiten der Leitungs- und Überwachungsorgane der Gesellschaft sowie der Revisionsstelle gründen, die Ausrichtung von Interimsdividenden in komplexeren Verhältnissen aufwendig gestalten und mithin praktisch erschweren können.

**4.3 Anhang und internes Kontrollsystem.** Der Anhang kann im Sinne des bundesrätlichen Vorschlags auf das für die Beurteilung der Zwischendividende Wesentliche reduziert werden. Dazu gehören Angaben zur Erläuterung des Abschlusses (959 c Abs. 1 E-OR) [11], zu wesentlichen Ereignissen nach dem Stichtag des Zwischenabschlusses (959 c Abs. 2 Ziff. 11 und 12 E-OR) [12] sowie der neue Lagebericht der or-

dentlich zu prüfenden Unternehmen (961 Ziff. 3 bzw. 961 c OR) [13]. Die Angaben zu den Vergütungen an den Verwaltungsrat und zu den Beteiligungsverhältnissen (697<sup>quater</sup> und <sup>sexies</sup> E-OR) können auf den ordentlichen Jahresabschluss beschränkt werden. Damit die Jahresrechnungen lückenlos nachvollziehbar bleiben, wäre im Anhang der Jahresrechnung (959 c Abs. 2 E-OR) [14] neu ein Nachweis der Veränderung des Eigenkapitals vorzusehen. Auf die Angabe von Vorjahreszahlen (958 d Abs. 2 E-OR) [15] könnte im Zwischenabschluss ebenso verzichtet werden wie auf die Prüfung, ob ein internes Kontrollsystem existiert (Art. 728 a Abs. 1 Ziff. 3 OR).

## 5. ZUSÄTZLICHE BERÜCKSICHTIGUNG DER AUSSICHTEN AUF DAS JAHRESERGEBNIS

Zu bedenken wäre zudem, ob die Zwischendividenden nur unter gebührender Berücksichtigung der Aussichten auf das Ergebnis des gesamten laufenden Geschäftsjahres ausgerichtet werden dürfen. Dadurch könnte vermieden werden, dass ein (Zufalls-)Gewinn zu einem frühen Zeitpunkt des Geschäftsjahrs ausgeschüttet würde, wenn zugleich für das gesamte Geschäftsjahr geringe Gewinne oder gar Verluste erwartet werden [16]. Diese Auflage wäre eine sinnvolle Konzession an den wichtigen Gläubiger- und Aktionärsschutz, welcher ein entscheidendes Motiv für die heutige Unzulässigkeit der Interimsdividenden ist.

## 6. FAZIT

Diese begrüssenswerte Neuerung entspricht einem Bedürfnis der Wirtschaft und erhöht die Flexibilität für die Dividendenpolitik. Sie bringt mehr Rechtssicherheit für Verwaltungsräte und Revisionsstellen. Mit einer ordentlichen Revision der Zwischenabschlüsse in komplexen Verhältnissen (z. B. bei grossen Gesellschaften und Konzernen) könnten die Risiken für Gläubiger und Aktionäre vermindert werden.

Für Publikumsgesellschaften wäre die ordentliche Revision der Zwischenabschlüsse (und die unerlässliche Durchführung einer Generalversammlung) relativ aufwendig und schwerfällig. Hauptnutznießer der neuen Regelung wären erwartungsgemäss Gesellschaften mit einem überschaubaren Aktionariat und insbesondere Konzern-Tochtergesellschaften, welche stetig oder als Resultat einzelner Transaktionen (z. B. Verkauf von Investment einer Private-Equity-Gesellschaft) relativ früh im Verlauf eines Geschäftsjahrs bedeutsame Gewinne realisieren. Aus bisherigen praktischen Erfahrungen dürften erwartungsgemäss interessierte Gesellschaften ohne weiteres dazu bereit sein, zwecks Ermöglichung einer Interimsdividende den Zwischenabschluss einer umfassenden Revision zu unterziehen. ■

**Anmerkungen:** 1) Botschaft des Bundesrates zur Änderung des Obligationenrechts vom 21. Dezember 2007 (im folgenden «Botschaft»), S. 1589 ff. 2) Böckli, Peter; Schweizer Aktienrecht, 4. A., Zürich 2009, § 12 N 532, Forstmoser, Peter/Zindel, Gaudenz/Meyer Bahar, Valerie; Zulässigkeit der Interimsdividende im schweizerischen Recht, in: Schweizerische Juristenzeitung 105 (2009) Nr. 9,

(im Folgenden «Forstmoser») S. 205 ff., NZZ 27. April 2007, S. 31. 3) Das Schweizer Handbuch der Wirtschaftsprüfung 2009 geht, wie das Handbuch der Wirtschaftsprüfung 1998, von der Unzulässigkeit der Interimsdividende aus: «Die Ausrichtung einer Dividende während des Geschäftsjahrs zu Lasten des Gewinns des laufenden Geschäftsjahrs ... ist in der Schweiz im Gegensatz

zu anderen Ländern (z. B. den USA) nicht zulässig» (HWP 2009, Band 1, S. 324). Wird demnach an einer a. o. Generalversammlung eine Interimsdividende beschlossen, hat dies einen Hinweis im Bericht der Revisionsstelle an die ordentliche Generalversammlung zur Folge (HWP 1998, Band 1, S. 435). 4) Botschaft, Ziff. 2.1.13, S. 1662 f. 5) Wir rechnen mit einem in Krafttreten dieser neuen

Regelung nicht vor dem 1.1.2013. 6) Auf die Statutenklausel könnte verzichtet werden (gl. M. Forstmoser [Anm. 2] S. 208). 7) Botschaft, S. 1663. 8) Beschluss des Ständerates vom 11. Juni 2009 zu Art. 675a Abs. 2. E-OR. 9) Gl. M. Forstmoser (Anm. 2) S. 208. 10) Z. B. wenn eine Zwischengesellschaft i. S. v. 663f OR eine Interim dividende

ausschütten will. Oder für nicht konsolidierungspflichtige Konzerngesellschaften, wenn anders als am Jahresende keine Abschlüsse der Unternehmungen vorliegen. 11) Durch Abkoppelung des Teils über die Rechnungslegung aus der laufenden Revision durch das Parlament entfällt diese Anforderung. 12) S. Anm. 8. 13) S. Anm. 8.

14) S. Anm. 8, bzw. im heutigen 663 b OR als neue Ziff. 15. 15) S. Anm. 8, bzw. heute in 662a Abs. 1 OR. 16) Forstmoser (Anm. 2) verlangt einen Verzicht auf die Interim dividende, wenn durch diese am Ende des Geschäftsjahrs ein Bilanzverlust resultiert, S. 209.

## RÉSUMÉ

# Les dividendes intermédiaires bientôt autorisés en Suisse

Les dividendes intermédiaires sont des bénéfices de l'exercice en cours – soit des bénéfices réalisés après la dernière clôture des comptes annuels – qui sont distribués aux actionnaires avant la délibération de l'assemblée générale sur les prochains comptes annuels. Le *Code des obligations* (art. 675 al. 2 CO) n'autorise actuellement que les dividendes prélevés «sur le bénéfice résultant du bilan et sur les réserves constituées à cet effet». Ce point est toutefois abordé dans le projet de révision du Conseil fédéral du 21 décembre 2007.

Le nouvel article 675a P CO autorise le versement de dividendes intermédiaires lorsque trois conditions sont remplies: clause statutaire, établissement d'un «bilan intermédiaire» datant de six mois au maximum et contrôle de ce bilan par l'organe de révision. À cet égard, l'alinéa 2 précise: «Le contrôle est effectué selon les prescriptions applicables au contrôle restreint.» Comme pour le dividende annuel, l'assemblée générale est l'organe compétent pour approuver le bilan et fixer le montant du dividende intermédiaire (art. 698, al. 2, ch. 5, P CO).

Durant la session parlementaire d'été 2009, le Conseil des États a constaté qu'il n'était pas judicieux de fixer des exigences moins élevées pour les dividendes intermédiaires que pour les dividendes annuels dans les sociétés soumises au contrôle ordinaire, dans les groupes de sociétés ou encore dans les situations mal définies. Il a donc purement et simplement supprimé la phrase relative à la nature du contrôle.

Dans les grandes sociétés et dans les groupes de sociétés surtout, l'organe de révision doit avoir la possibilité de mener des vérifications approfondies afin de pouvoir attester le bénéfice de la période considérée – soit la valeur résiduelle qui résulte du bilan intermédiaire à réviser – ainsi que la légalité de la proposition d'affectation dudit bénéfice formulée par le conseil d'administration. Un contrôle restreint dans des sociétés qui sont sinon soumises au contrôle ordinaire représente en effet un assouplissement trop net des conditions posées en matière de distribution des bénéfices, dans la mesure où, conceptuellement, le contrôle restreint ne donne qu'une opinion d'audit avec un degré d'assurance limité. Il faut donc se réjouir que la dernière phrase du deuxième alinéa ait été supprimée.

Lors de la consolidation des états financiers, les éventuels bénéfices intermédiaires intragroupe sont éliminés, ce qui permet une appréciation plus fiable des bénéfices affectés à la distribution de dividendes. Mais contrairement à ce qui est exigé pour les comptes annuels, ni le Conseil fédéral (art. 675a P CO) ni le Conseil des États n'envisagent une obligation ex-

plicité d'établir des états financiers consolidés lors de la distribution d'un dividende intermédiaire.

Dans les sociétés qui sont tenues de consolider leurs états financiers ainsi que dans d'autres situations complexes, il serait pourtant judicieux de poser des exigences équivalentes pour les dividendes intermédiaires et les dividendes annuels. Lors de la définition de l'ampleur de la consolidation et de l'audit, l'objectif premier du conseil d'administration et de l'organe de révision doit être de s'assurer qu'aucun bénéfice non réalisé ne soit distribué.

Dans les faits, une certaine souplesse est toutefois de mise. L'organe de révision peut par exemple renoncer à exécuter des vérifications approfondies si un examen succinct (review) des comptes consolidés intermédiaires lui fournit suffisamment d'éléments probants pour son appréciation du dividende intermédiaire prévu.

Dans l'esprit de la proposition du Conseil fédéral, l'annexe pourrait être réduite aux points essentiels nécessaires à l'appréciation du dividende intermédiaire. Par conséquent, pour garantir la transparence des comptes annuels, il faudrait que l'annexe (art. 959c, al. 2, P CO) contienne un état de la variation des capitaux propres. Dans les états financiers intermédiaires, l'entreprise peut aussi faire l'économie d'une présentation des chiffres antérieurs (art. 958d, al. 2, P CO) ainsi que de la vérification de l'existence d'un système de contrôle interne (art. 728a, al. 1, ch. 3, CO).

Il faudrait toutefois se demander si les dividendes intermédiaires ne devraient pas être autorisés uniquement lorsque l'entreprise a dûment tenu compte des perspectives bénéficiaires pour la totalité de l'exercice en cours. Cela permettrait d'éviter qu'un bénéfice (aléatoire) ne soit distribué relativement tôt dans l'exercice, alors que l'entreprise ne doit s'attendre qu'à un bénéfice modeste, voire à des pertes, sur l'ensemble de l'exercice.

En tout état de cause, cette nouveauté est bienvenue car elle répond à un besoin de l'économie et permet d'assouplir les politiques de distribution des entreprises. Elle accroît aussi la sécurité juridique pour les conseils d'administration et les organes de révision. Cependant, dans les situations complexes (p. ex. grandes sociétés et groupes de sociétés) un contrôle ordinaire des états financiers permettrait de réduire les risques pour les créanciers et les actionnaires. Un contrôle ordinaire des états financiers intermédiaires représenterait cependant une charge assez lourde pour les sociétés dont les actions sont cotées en Bourse (parce qu'il nécessiterait la tenue d'une assemblée générale). RAC/HM/PB